



DORTMUND

Dortmunder Erklärung zum Erhalt der Schulsozialarbeit

anlässlich des landesweiten Aktionstags am 21.05.2014

„BUND – es wird Zeit!“

Nach dreijährigem Ringen und Kämpfen für den Erhalt und die Verstetigung der Schulsozialarbeit in Dortmund fordern wir die Bundesregierung auf, endlich ihren Beitrag für eine gerechte und soziale Zukunft der Kinder und Jugendlichen in diesem Land zu leisten.

Schulsozialarbeit - ein Thema für ganz Deutschland!

Es geht um die Zukunft aller Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien. Deshalb muss die Schulsozialarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Fokus aller Entscheider stehen. Schulsozialarbeit darf nicht durch Finanzierungsfragen der Ministerien zerrieben werden. Alle, die in Politik und Gesellschaft gestalten, müssen Verantwortung übernehmen, im Sinne der Sache zusammenarbeiten und den Schulterschluss üben, um die begonnenen Prozesse weiter zu führen - für eine lebenswerte, gerechte und inklusive Zukunft in Deutschland.

Die Notwendigkeit, die positiven Effekte und der Beitrag der Schulsozialarbeit zur Schul- und Gesellschaftsentwicklung - insbesondere im Hinblick auf Inklusion - sind längst erkannt. Die Schulsozialarbeit muss ein Teil unseres sozialen Systems in Deutschland bleiben, verstetigt und weiter ausgebaut werden.

Eine inklusive Gesellschaft, zu der sich die Bundesregierung mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonventionen am 26. März 2009 bekannt hat, muss Barrieren abbauen, indem sie den Menschen Unterstützungsleistungen anbietet. Dabei geht es neben psychischen und physischen auch um soziale und strukturelle Beeinträchtigungen von Menschen.

Schulsozialarbeit - notwendiger Pfeiler funktionierender Inklusion!

Auch aus diesem Grund kann sich die Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung stellen.

Sicherlich wurden bereits Entlastungen im Rahmen des Koalitionsvertrages in Aussicht gestellt: mit einem Sechs-Milliarden-Euro-Paket an die Länder soll der Ausbau von Kitas, Schulen und Hochschulen finanziert werden. Diese Mittel könnten auch im Gesamtzusammenhang „Bildungsunterstützung“ für eine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zugänglich gemacht werden.

Das Land wird sich an dieser Stelle seiner Mit-Verantwortung gewiss nicht entziehen!

Aber es muss jetzt gehandelt werden, damit die anerkannt gute Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Schulsozialarbeit den Schulen erhalten bleibt und nahtlos fortgesetzt werden kann. Akzeptanz und Anerkennung sind nicht vom Himmel gefallen, dafür war in den letzten Jahren ein hohes Maß an vertrauensbildenden Maßnahmen in den Schulen und den Familien notwendig.

Die Anfänge guter Präventionsarbeit - die zukünftig positive wirtschaftliche Effekte erwarten lassen - dürfen nicht verloren gehen. Wir müssen in Deutschland einen mittel- bis langfristigen Blick in Bezug auf sozial- und bildungspolitische Entwicklungen implementieren, wenn wir auch in der Zukunft in diesem Land wirtschaftlich gut aufgestellt sein wollen. Beides ist untrennbar miteinander verbunden und darf aufgrund eines falsch verstandenen Föderalismus nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Wir müssen in die Zukunft unseres Landes investieren, in die soziale und persönliche Entwicklung der nachfolgenden Generationen - durch Fördermaßnahmen, die es ermöglichen, die Ressourcen und Fähigkeiten der jungen Menschen bestmöglich gesamtgesellschaftlich zu nutzen. Dafür ist es

zwingend notwendig, allen Kindern und Jugendlichen sowie den Familien entsprechende fachliche und strukturelle Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Schulsozialarbeit kann durch ein ganzheitliches, systemisches und inklusives Denken einen großen Beitrag dazu leisten.

Festgefahrene Strukturen verändern und die Zukunft neu gestalten.

Lassen sie uns gemeinsam sozialpolitische Geschichte in Deutschland schreiben und beispielgebend neue präventive Wege in der Verhinderung von Armut und sozialer Ungleichheit gehen!

Die Stadt Dortmund, allen voran Oberbürgermeister Ullrich Sierau, hat einen großen Beitrag geleistet und es jüngst ermöglicht, die 81 befristeten Schulsozialarbeiterstellen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in Dortmund bis Juli 2015 zu verlängern. Auch das Land Nordrhein-Westfalen mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und dem Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Guntram Schneider, treten für die Verstetigung von Schulsozialarbeit ein.

Nur eine ausreichende Beteiligung des Bundes, eine Entlastung der Länder und Kommunen - ausgehend von einer gemeinschaftlich von Bund und Land getragenen Finanzierung, die noch gefunden werden muss – kann Schulsozialarbeit auch für die Zukunft in den Schulen sichern!

Viele Kommunen im Land konnten aufgrund der ausbleibenden Entscheidung bezüglich der Schulsozialarbeit durch den Bund die Stellen nicht erhalten - die Familien, Kinder und Jugendlichen sind die Leidtragenden.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- ◆ **Geben Sie ein Beispiel und gehen Sie neue präventive Wege in der Verhinderung von Armut und sozialer Ungleichheit!**

- ◆ **Schaffen Sie sichere Perspektiven – stellen Sie die Schulsozialarbeit auf sicheren Boden!**
Sichere Perspektiven bedeuten für uns, die dauerhafte Implementierung von Schulsozialarbeit an Schulen durch entsprechende finanzielle Ressourcen und eine gemeinsame Ausgestaltung der zukünftigen Handlungsrahmen zum Wohle der Kinder und Jugendlichen und ihren Familien.
- ◆ **Lassen Sie die geleistete positive Arbeit nicht ‚gegen die Wand‘ fahren.**
- ◆ **Geben Sie die aktuell „verrechneten“, nicht verbrauchten BuT-Gelder aus dem Jahr 2012 zusätzlich wieder frei, um eine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit bis zu einer abschließenden Lösung zu ermöglichen!**
- ◆ **Setzen Sie als Bundesregierung ein positives Signal und geben allen Menschen in Deutschland die gleichen Chancen!**

Die Kolleginnen und Kollegen der Schulsozialarbeit können dazu einen wichtigen Beitrag leisten!

Im Mai 2014

Erstunterzeichner:

Siehe Presstext!